

## 01.04.2016 - Sicheres Herkunftsland Marokko?

### Stellungnahme von Menschen aus Marokko

*dokumentiert*

Seit Monaten finden in Marokko viele Demonstrationen und Kundgebungen von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes statt. In Städten wie Tanger, Casablanca, Rabat und Sale kämpfen Menschen für den Schutz von Frauen und Kindern und gegen die soziale Verarmung.

Seit einigen Jahren gibt es ein neues Phänomen: Es bilden sich mit Macheten bewaffnete Jugendbanden. Auf Motorrädern verfolgen sie überwiegend Frauen und Kinder, um sie zu beklaunen und in den schlimmsten Fällen zu missbrauchen.

Solchen gewalttätigen und respektlosen Übergriffen, wie sie in Köln stattgefunden haben, sind Frauen aus Nordafrika tagtäglich ausgesetzt. Auch tagsüber trauen sich Frauen aus Angst vor sexuellen Belästigungen kaum alleine aus dem Haus.

Die Arbeitslosigkeit in Marokko ist trotz des sogenannten Arabischen Frühlings sehr hoch. Besonders Jugendliche und Frauen sind von ihr betroffen. Jedes Jahr strömen bis zu 250000 junge Menschen auf den Arbeitsmarkt, der die große Zahl von Arbeitssuchenden nicht aufnehmen kann. Offiziell sind rund 20% der 15- bis 24-jährigen und rund 30% der Frauen arbeitslos. Diese Perspektivlosigkeit führt vermehrt dazu, dass junge Erwachsenen sich radikalieren und sich Terrororganisationen wie dem IS zuwenden.

Seit Oktober demonstrieren Studenten und Gewerkschafter friedlich für Meinungs- und Pressefreiheit. Diese Kundgebungen werden von Polizei und Sicherheitskräften oft brutal niedergeschlagen. Aktivisten der Marokkanischen Menschenrechtsvereinigung AMDH werden politisch verfolgt und in ihrer Arbeit behindert. Auch Amnesty International und Human Rights Watch mussten ihre Geschäftsräume 2015 in Marokko schließen.

Das ist das Produkt einer repressiven Politik, die auch dazu führt, dass über 10 Millionen Kinder (ein Viertel der Bevölkerung) ohne Bildung und ohne soziale Unterstützung bleiben. Die Regierung Marokkos übernimmt hierfür keine Verantwortung. Sie ist froh, wenn die Jugendlichen das Land verlassen. Früher benutzten sie die gefährliche Route über das Mittelmeer, seit dem Sommer kommen die meisten über die Türkei nach

Europa. Sehr viele lassen sich auch vom IS rekrutieren.

Im internationalen Vergleich kommen nach Saudi-Arabien und Tunesien die meisten ausländischen IS-Rekruten aus Marokko. In der deutschen Presse ist zu lesen, dass ein großer Teil der Nordafrikaner, die straffällig werden, marokkanischer Herkunft sind. Es ist wohl so, dass viele entwurzelte Jugendliche, die nicht zum IS gehen, hier ohne Perspektive leben und versuchen, sich mit Kleinkriminalität über Wasser zu halten.

Das Schweigen der marokkanischen Behörden zu den Vorfällen verwundert nicht. Denn sie wollen nicht, dass ihre Verantwortung für die miserable Zustände in Marokko in der Öffentlichkeit thematisiert wird. Die regierende Schicht verfügt über einen immensen Reichtum, verweigert aber ausreichende Mittel für die Ausbildung der Jugendlichen.

Die Frauen hier leiden unter der sexualisierten Gewalt, ebenso die Frauen in den Herkunftsländern. Diese Gewalt ist Ausdruck einer patriarchalischen Gesellschaft, in der Frauen herabgewürdigt werden. Alle Gesetzesänderungen bringen nichts, wenn sich an diesen patriarchalischen Verhältnissen und dem Frauenbild nichts ändert. Es gilt, einen besseren Schutz für Frauen zu gewährleisten und solche Übergriffe konsequent zu verfolgen. Touristen aus Deutschland sollten sich dreimal überlegen, ob sie unter diesen Umständen die marokkanischen Sehenswürdigkeiten noch genießen können.

Wir appellieren an die marokkanische Regierung: Die Verhältnisse in Marokko müssen grundsätzlich verändert werden, damit die Jugendlichen wieder eine Perspektive in ihrem Land haben. Dazu gehört auch, dass die Ursachen männlicher Gewalt bekämpft und Frauenrechte durchgesetzt werden.

Wir appellieren an die Europäer und an alle Menschenrechtsorganisationen Briefe oder E-Mails an die Europäische Kommission für Menschenrechte zu schreiben, um die Einhaltung der Menschenrechte in Marokko zu fordern.

**Kölner Unterstützer der «Bewegung 20.Februar»**